



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Drinne und draußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Drinne und drauſſen

Das Ausnahmegericht für Lüttwitz und Genossen. Die Ära des Reichsjustizministers Schiffer hatte den zweifelhaften Vorzug, die eingebrachten Geſezentwürfe vielfach mit ſolcher Beſchleunigung durchzuſchicken, daß die Entwürfe ſchon Geſezkraft erlangten, ehe wiſſenſchaftliche Bedenken ausgearbeitet und von Zeitungen oder Zeiſchriften bei deren bekanntem Papiermangel veröffentlicht werden konnten. Nachdem der Entwurf aber einmal Geſez geworden, verſummt in der Regel die Kritik als zwecklos. Nur in einem Falle darf ſie auch vor vollendeten Tatsachen nicht Halt machen, wenn es die Wahrung der Verfaſſung des Deutſchen Reiches gilt. Dieſe aber iſt durch die lex Schiffer betreffend Überweiſung der bei dem Rapp-Puſch beteiligten Offiziere zur Aburteilung durch die bürgerlichen Gerichte verlegt, und dieſes ſollte unabhängig von jeder politiſchen Parleiſtellung anerkannt werden.

Nach dem bis zur lex Schiffer geltenden Rechte gehörten unſtreitig Rapp und ſeine bürgerlichen Mitſchuldigen vor die bürgerlichen Gerichte, General Lüttwitz und die anderen Offiziere vor die Militärgerichte. Es iſt natürlich ſchwer erträglich, Miltäter, die derart gemeinſam gehandelt haben, wie dieſe Beſchuldigten, vor zwei getrennte Fora zu bringen, zweimal dieſelbe Verhandlung mit dem ganzen großen Zeugensapparat aufzurollen und womöglich zu zwei, in wichtigen Punkten einander widerſprechenden Urteilen zu gelangen. Nur zu raſch entſchloſſen hat deſhalb der damalige Reichsjuſtizminiſter Schiffer dem Reichsrat einen Geſezentwurf unterbreitet, nach welchem auch die an ſich der Militärgerichtsbarkeit unterſtellten, an dem hochverräteriſchen Unternehmen vom März 1920 beteiligten Perſonen durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte abgeurteilt werden ſollen.

So praktiſch dieſes iſt, ſo ſehr muß doch meines Erachtens gegen dieſe Regelung gerade vom Standpunkte einer wahren Demokratie Einſpruch erhoben werden; denn bei Lichte beſehen, iſt dieſes nichts anderes, als die alte, verhaſſte, vom Volk ſtets belämpfte Ka-

binettsjuſtiz des 18. Jahrhunderts. So haben es inſondere in Frankreich die Ludwig XIV. und XV. gemacht, daß ſie für beſtimmte Angeklagte beſtimmte Gerichtshöfe zuſammenſtellten oder ausſuchten, und darum gerade war es eine Forderung der großen Revolution, daß das Gericht, vor dem ſich ein Angeklagter zu verantworten haben ſolle, im Voraus beſtimmt iſt, damit nicht durch Auswahl der Richter dem Angeklagten ungünſtige Einflüſſe wirken können. Dieſe Forderung iſt aus der Verfaſſung der franzöſiſchen Revolution auch in alle deutſchen Verfaſſungen übergegangen; ſo beſtimmt zum Beiſpiel Artikel 7 der alten preußiſchen Verfaſſung: „Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommiſſionen ſind unſtatthaft.“ Und unſere neue Reichsverfaſſung beſagt in Artikel 105: „Ausnahmegerichte ſind unſtatthaft. Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden.“

Dagegen verſtößt der Schifferſche Geſezentwurf ganz unzweifelhaft. Es kann nicht wegdiſputiert werden, daß der geſetzliche Richter der Offiziere das Militärgericht iſt, welches übrigens gegen ſie das Verfahren bereits eingeleitet hatte. Dieſem werden ſie durch die lex Schiffer entzogen. Alle Zweckmäßigkeitserwägungen, die ich im Eingange meines Artikels ſelbſt betont habe, müſſen zurücktreten vor der Heiligkeit des Geſetzes und vor allem des oberſten Geſetzes, der Verfaſſung. Man kann mir nicht einwenden, daß dieſes ein formal-juriſtiſches Denken ſei, und daß ungewöhnliche Ereignisse, wie der Puſch Rapp-Lüttwitz, auch ihre ungewöhnlichen Maßnahmen erheiſchen. Mit ſolchen Argumenten pflegte auch die monarchiſche Kabinettsjuſtiz ihre Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Demokratie ſollte ſich von gleichen Kunſtſtücken fernhalten. Oder will man ſich in dieſem Sensationsprozeß wieder dem Einwande der Verteidigung ausſetzen, den ſchon eine lex Schiffer erlebt hat? Will man erneut eine ſolche Verurteilung einer Gelegenheits-Geſezgebung erleben, wie ſie eine mutige Straſſammer des Landgerichts III Berlin der lex Schiffer von den

Buchengerichten hat zuteil werden lassen, daß diese keine mit dem Gerichtsverfassungsgesetz vereinbaren Gerichte seien, und daß die vor diesen Gerichten Angeklagten ihrem ordentlichen Richter entzogen würden?

Ich habe wahrlich für die Rüttwitz und Genossen nichts übrig; möge sie, die in unverantwortlicher Weise die Ruhe Deutschlands gestört und heut noch gar nicht zu übersehende Gefahren heraufbeschworen haben, das Gesetz nach seiner Strenge treffen. Damit diese Strafe aber auch in allen Kreisen als eine gerechte empfunden werde, darf sie nicht von einem Gericht ausgesprochen werden, welches nur eigens für diesen Fall für zuständig erklärt worden ist, und welchem darum mit Recht der Einwand des Ausnahmegerichtes entgegengesetzt werden wird. Es ist bedauerlich, daß die Nationalversammlung sich zu einer solchen Gelegenheitsgesetzgebung hat hinreißen lassen, statt die lex Schiffer einstimmig abzulehnen.

Kammergerichtsrat Dr. Sontag, Berlin

Grazer Brief. Deutschösterreich kommt aus seinen schweren inneren Krisen nicht heraus. Der Eisenbahnerstreik ist glücklich beigelegt, so folgt schon ein zweiter in der Industrie. Diesmal sind es die Beamten, die das Streikbanner ergreifen. Warum sollten auch gerade sie ein so kümmerliches Leben führen, während die Schieber aller Gattungen, die in ihrer Umgebung so reichlich vertreten sind, sich unendlich viel besser stehen. Eine gründliche Reinigung des gesamten Wirtschaftslebens wäre die einzige erfolgreiche Abwehr solcher Streiks. Aber wer vermag daran überhaupt nur zu denken. Bekommt der Staats-Gummiball eine Beule, so wird sie eben herausgedrückt, indem man eine andere hineindrückt, da keiner imstande ist, das Loch zu verstopfen, das die Lebensluft des Balles herausläßt, und so geht es fort, bis der Ball luftleer ist.

Der Eisenbahnerstreik in Jugoslawien ist die andere schwere Wolke, die in den letzten Tagen den Himmel Deutschösterreichs verdüsterte. Auf der Eisenbahnlinie Triest-Wien, die durch Jugoslawien führt, beruht nun einmal das ganze Kunstgebilde dieses Staates, zum mindesten aber ist sie die Haupt-

Lebensader der Millionenstadt Wien. Nur etwa fünf Prozent seines Fettbestandes und 27 Prozent seines Getreideverbrauches bezieht Wien wie auch die anderen größeren Städte aus den Erzeugnissen des eigenen Landes. Alles übrige muß eingeführt werden. Hierfür aber kommen fast nur Italien und die Überseegebiete in Betracht, denn der benachbarte Agrarstaat Jugoslawien hat seinen Lieferungsvertrag gekündigt, und Ungarn ist zurzeit nicht ausfuhrfähig. Eine vollkommene Selbstversorgung wird den österreichischen Ländern bei dieser Zusammensetzung wohl nie möglich werden. Dagegen wäre eine wesentliche Herabminderung der Einfuhr bei genügender Ausnutzung des Bodens und geregelter Verteilung sehr wohl denkbar. Bisher kann von einer intensiven Landwirtschaft im modernen Sinne hier nicht die Rede sein. Künstliche Düngung ist noch gänzlich unbekannt, und wenn man sie wirklich anwenden wollte, so würde das nur eine weitere große Belastung des Einfuhrkontingents bedeuten, deren Kosten sich unter den gegenwärtigen Valuta- und Verkehrsverhältnissen nur schwerlich bezahlt machen. Außerdem liegt viel anbaufähiges Land noch brach oder findet nur als Wiesen- oder Weideland Verwendung. Es haben diese Gebiete eben von jeher in erster Linie Viehzucht betrieben, während man das fehlende Getreide aus Ungarn und Böhmen gegen Milch und Fleischprodukte eintauschte. Die gegenwärtigen Ablieferungsbedingungen sind nun nicht gerade dazu angetan, auf den Getreidebau besonders anspornend zu wirken, und die sozialdemokratische Regierung verfügt weder über Ansehen noch Macht genug, um ihren Wünschen bei der Landbevölkerung Geltung zu verschaffen. Nicht einmal eine geregelte Ablieferung der vorhandenen Lebensmittel hat sie bisher durchdrücken können.

Derselbe Parteigeist, der allen Regierungsmaßnahmen das Gepräge aufdrückt, hat auch auf die Landbevölkerung abgefärbt. Es ist von großem Einfluß auf das Ablieferungsergebnis, ob die betreffenden Bauern der christlich sozialen Partei oder dem Bauernbund angehören und ein Christlich-sozialer, ein Bauernbündler oder sonst

wer die Leitung dabei in Händen hat. Man kann sich daher kaum wundern, daß die Landwirte den parteilich anders gerichteten Städtern am liebsten gar nichts abliefern möchten und jedes Bewußtsein der Volkszusammengehörigkeit bei ihnen allmählich verloren geht. Daß unter solchen Umständen der Schleichhandel in prächtiger Blüte steht, läßt sich denken. „Wenn die städtische Schieberbande etwas haben will, so kann sie auch ordentlich bezahlen. Wir müssen in der Stadt auch alles zu schier unerschwinglichen Preisen erwerben.“ Der reiche Wiener Börsenspekulant und ähnliche Menschengattungen, bei denen die Menge des Geldes seinen geringen Wert voll ersetzt, ist zwar auf diese Weise imstande, sich reichlich einzudecken, der kleine Bürger und Arbeiter aber muß zusehen, wie er sein Leben kümmerlich von den Gnadengaben der Entente fristet. Der ganze internationale Wiener Klüngel, der den Hauptanlaß zu der großen Abneigung der Länder gegen Wien bildet, ist eben mit solchen Mitteln nicht zu treffen. Seine Trabanten übersfluten das Land, kaufen alles auf und die kleinen Landstädte, in denen das Geld nicht so reichlich fließt wie in Wien, haben das Nachsehen.

So ist zum Beispiel Graz bei seiner schönen Lage inmitten der Steiermark mit Lebensmitteln kaum besser versorgt wie Wien, ist ebenso abhängig von den Lieferungen der Entente und hat in letzter Zeit auch alle Warenpreise von Wien und damit, trotz der niedrigen Valuta, auch die des Weltmarktes fast vollkommen erreicht. Obersteiermark ist gebirgig und die reiche Untersteiermark, einst die Kornkammer für ihre Hauptstadt Graz, ist von den Slowenen besetzt. Etwas weiter nordwestlich aber, nach der ungarischen Grenze zu, kommt man schon in die Hamstergebiete von Wien, das über eine gute Bahnverbindung dorthin verfügt.

Man lebt hier im wahren Sinne des Wortes von der Hand in den Mund. Je nach den einlaufenden Mehlsendungen ändert das Brot seine Farbe, wobei die Menge von 1300 Gramm die Woche bisher noch hat aufrecht erhalten werden können. Kar-

toffeln gibt es nicht, an Zucker kommt dieser Tage die Januar-Nation zur Ausgabe, und so geht es weiter durch alle Arten von Lebensmitteln. Wie in Wien, der Stadt der größten Konsumvereine, haben sich in letzter Zeit auch in Graz die verschiedensten Wirtschaftsverbände gebildet, so unter anderen die Mittelstandsküchen und die „Wirtschaftsgenossenschaft beider Hochschulen in Graz“. Besonders die letztere bewährt sich ausgezeichnet. In ihrer Mensa Akademie nehmen täglich etwa 1000 Studenten ihr Mittag- und Abendessen ein. Darunter auch sehr viele in Graz selbst beheimatete, welche die häusliche Küche nicht zu sättigen imstande ist. Der Universitätsspielplatz ist in einen Garten umgewandelt, und wird von den Studenten selbst bestellt. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß bietet auch zugleich den ausländischen Hilfskomitees eine günstige Gelegenheit, der Gesamtheit der bedürftigen Studenten eine Unterstützung an Lebensmitteln und anderem zu gewähren. Besonders der Schwede Dr. Svedin, selbst einst Grazer Student, betätigt sich dabei in hervorragender Weise.

Überhaupt haben die Hilferufe Deutschlands mit der Zeit recht zahlreiche Hilfsaktionen des Auslandes ins Leben gerufen. Amerika und Schweden, die Schweiz und Spanien machen sich in Lebensmittelspenden, Geldunterstützungen und Ferienkolonien den Vorrang streitig; unter den österreichischen Kindern herrscht die größte Spannung, ob sie wohl in Schweden, der Schweiz oder gar in Spanien den Sommer verbringen werden, und ähnlich ist das Rätselraten unter den Studenten, für die dieses Jahr die Aussichten ganz besonders gestiegen sind, wobei Schweden sich begreiflicherweise der größten Beliebtheit erfreut. Amerika, das in dieser Ferienaktion zurückstehen muß, steht dafür in den Lebensmittelspenden an erster Stelle. Es sind schon richtige Geschäftsfirmen entstanden, die diese Spenden organisieren und an Ort und Stelle bringen, indem sie in Wien Depots angelegt haben, aus denen sie verteilen, sobald die Anweisung aus Amerika erfolgt. Selbst das arme Deutschland hilft an seinem Teile mit. So hat die Spende

der „Deutschen Zeitung“ hier manch niedergeschlagenes junges Gemüt für einige Zeit wieder aufgerichtet, und auch der Alpenverein gewährt auf seine Kosten vielen Kindern einen Aufenthalt in der Schweiz.

Aber das alles reicht noch lange nicht aus. Mancher Steiermärker hat auch andere Hilfsmittel zur Verfügung: was in Deutschland Beziehungen zur Landwirtschaft, das bedeuten in Deutschösterreich die Beziehungen zum Ausland, besonders nach Amerika. Es hat eben für ein Land auch manchen Vorteil, wenn seine Auswandererziffer immer eine sehr große war. Die Dollarpakete von jenseits des großen Wassers sind ein ebenso bekannter wie hochgeschätzter Artikel. Sie sind die einzigen Pakete die bei der Post nicht der Gefahr des Abhandenkommens ausgesetzt sind. Ein Oberlehrer vom Grazer Realgymnasium hatte sich kürzlich an einen ihm persönlich bekannten schwedischen Gymnasialprofessor mit der Bitte um eine Liebesgabe für seine Schüler gewandt. Nach einiger Zeit traf auch richtig eine größere Liebesgabensendung ein; nur war versehenlich bei der Aufschrift das Wort „Real“ fortgelassen und so gelangte die Sendung in die Hände einer anderen Schule. Fast wäre es zu blutigen Kämpfen gekommen, wenn nicht noch im letzten Augenblick Schülerrat und Lehrerkollegium mit saurer Miene den rechtmäßigen Besitzern ihr Eigentum überlassen hätten. —

So lebt also Deutschösterreich von den milden Spenden und Krediten eines ehemals feindlichen, beziehungsweise neutralen Auslandes. Oder sollte man diese Art von Bettelleben nicht besser mit dem Wort „vegetieren“ bezeichnen? Nichts anderes als ein Verbrechen war es, solch ein Staatengebilde aufzurichten. Lange wird sich allerdings selbst der Angelfische den Sport nicht mehr leisten können, diesen Staat weiter künstlich zu erhalten. Gewiß bergen auch Deutschösterreichs Gebiete Reime reichen Wirtschaftslebens, nur, wer soll sie zum Leben wecken? Dem eigenen Lande fehlt selbst das dringendst notwendige Kapital; so ist man auch hierin auf das kapitalfräftige Ausland angewiesen. Dem aber ist ein ordentlich geregelter Aufbau der österreichischen Volkswirtschaft Neben-

sache. Höchstmögliche Ausbeutung ist sein Zeitmotiv! Wie das Beispiel Deutschlands zeigt, genügt nur ein geringes Steigen der Valuta, um die im ausländischen Besitz befindlichen Industriepapiere wieder auf den Markt zu zaubern; befriedigt steckt dann der ausländische Kapitalist seinen Valutagewinn in die Tasche und wartet neue Gelegenheit ab. Der einzige, der ein weitergehendes Interesse am Wiederemporkommen Deutschösterreichs zeigen könnte, wäre noch der Reichsdeutsche. Doch ihm sind die Wege hierzu versperrt. Das deutsche Kapital ist im Auslande so gut wie rechtslos. Es würde vorläufig nicht angebracht sein, unser Geld dem kapitalbedürftigen Inlande vorzuenthalten und es in ein Nachbarland zu bringen, in dem fünf oder mehr Gläubigerstaaten heute noch den Vorrang haben.

Je mehr der Deutsche in Österreich sich dieser seiner traurigen Lage bewußt wird, umso mehr schwindet auch der letzte Funke von Unternehmungsgeist. Niemand glaubt an ein längeres Andauern der gegenwärtigen Zustände. „Erst abwarten, bis sich die Lage etwas mehr geklärt hat“, ist der ständige Ausdruck, mit dem jede umfassendere Anregung zurückgewiesen wird. Die so dringend notwendige Ausnützung der Wasserkräfte steht nun seit Jahresfrist auf dem Papier, und sollte diese demnächst wirklich zustande kommen, so ist es unter den gegenwärtigen Umständen eine große Frage, ob die dann vorhandene Strommenge auch in genügender Weise von einer Industrie wird ausgenützt werden können.

Die Gefahr, daß der Niesenwasserkopf Wien zu einer Stadt zweiten oder dritten Ranges herabsinken wird, besteht allerdings kaum. Zu groß ist seine Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt, als daß ihn das internationale Großkapital nicht schon längst als Handels- und Börsenzentrum für Südost-Europa auserkoren hätte. Nur das Gepräge einer deutschen Stadt wird Wien bald ganz verlieren. Wer sich der Umwandlung seiner Vaterstadt zur großen Schieberzentrale nicht anzupassen vermag, muß aus ihr verschwinden. Auch die umliegenden Länder werden dem Rechnung tragen müssen. Bald werden die Statistiken zu schwarzen Listen des Massen-

sterbens werden und die besten Elemente des Landes werden in Scharen ins Ausland abwandern. Schon sichert sich Italien in weiser Voraussicht von Deutschösterreich die Bevorzugung seines Hafens Triest als Auswandererhafen, um sich auch diesen Verdienst ja nicht entgehen zu lassen.

Und trotz alledem wird Deutschösterreich nie ein selbständiges Wirtschaftsgebiet werden. Eine Donau-Konföderation wird von den verschiedensten Seiten in Aussicht gestellt. Sie werden sie nicht zustande bringen. Es gibt im Leben der Völker doch noch Imponderabilien, die oft die besten wirtschaftlichen Erwägungen über den Haufen werfen. Der Haß gegen den alten Habsburger Staat liegt den jungen Ententestaaten noch so in den Gliedern, daß auch nur ein einigermaßen ihm gleichendes Gebilde ihrer Ablehnung ohne weiteres sicher sein kann. Außerdem hat die Tschechoslowakei durch Aufhebung des Inlandpostverkehrs erst leztlich ihre große Freundschaft für Deutschösterreich bekundet, Ungarn ist durch Abtretung seiner Westprovinzen verstimmt und das Verhältnis zu Jugoslawien stört noch auf lange Zeit der Bankapfel des Kärntner Abstimmungsgebietes.

Wie man sich auch drehen und wenden mag, nur ein großes Wirtschaftsgebiet kommt für eine Anlehnung überhaupt in Betracht. Das ist Deutschland! Die Deutschösterreicher fühlen nicht nur mit jeder Faser ihres Herzens deutsch, sie sind auch nach Masse, Kultur und Geschichte ein Glied des deutschen Volkes. Die 1866 gezogene Trennungslinie war nur die Oberfläche. Die heutige Grenze aber wirkt wie ein um ein Körperglied gewundener Strick, der ihm das Blut abschneuert. Der niedrige Kronenkurs und seine großen Schwankungen erschweren gewaltig den gegenseitigen Warenverkehr, was vor allem den Buch- und Zeitschriftenhandel, der den Gedankenaustausch zwischen beiden Ländern vermitteln sollte, in immer unerschwinglichere Preislagen steigen läßt. Die großen Verkehrs-, Paß- und Einreisefchwierigkeiten drücken den persönlichen Verkehr von Land zu Land auf ein Minimum herab, und so geht es fort durch alle Gebiete.

Immer mehr wächst in Deutschösterreich das Verlangen nach Anschluß an das Deutsche

Reich. Es gibt hier jetzt wohl keine Anschlußgegner mehr; nur lassen taktische Gründe diese Wünsche hie und da etwas zurücktreten; und in Deutschland — —?

Einige idealgerichtete Kreise ausgenommen, was kümmert die große Masse der Bruderstaat dort unten? An ihm gibt es nichts zu verdienen und Gewinnaussicht ist die einzige Triebkraft ihres Lebens. So ist auch von dieser Seite kaum etwas zu hoffen, und wenn die Ententestaaten nicht rechtzeitig zur Einsicht kommen, wird hier ein deutscher Volksstamm in kurzer Zeit entkräftet und elend zugrunde gehen.

Martin Ehrenforth

Amerika und der französische Imperialismus. Bekanntlich hat der Brief Wilsons an den Senator Hitchcock, in welchem Frankreich des Militarismus beschuldigt wird, in Frankreich selbst starke Verstimmung erregt, ohne daß die darauf erfolgenden zornigen Beschwerden der französischen Presse in Amerika sichtlich Eindruck gemacht hätten. Im Gegenteil glaubt man in Amerika, daß auch die schlimmsten Anklagen Wilsons durch die Besetzung des Maingauzes und die Umstände, unter denen sie erfolgte, gerechtfertigt seien. Schon die „Times“ vom 7. April hat auf diesen Umstand hingewiesen, und die New Yorker „World“ und die „New York Sun“ zitiert. Nach „Times“ vom 10. April hat dann die Nachricht von den ersten Zusammenstößen in Frankfurt einen außerordentlichen ungünstigen Eindruck hervorgebracht. Jetzt gibt auch die sehr weit rechtsstehende, stark clerikal gefärbte Pariser Halbmonatsschrift „Le Correspondant“ zu, daß die Nachrichten über die Besetzung deutscher Städte derjenigen Strömung, die in den Vereinigten Staaten dafür eintritt, daß man sich nicht länger mit den europäischen Angelegenheiten abgebe, eine bedeutende Verstärkung gebracht haben. Besonders der Umstand, daß man farbige Truppen benutzt hat, hat Entrüstung hervorgerufen. Sogar der Staatssekretär Colby hat mit Bezug auf den deutschen Protest gegen die französische Besetzung erklärt, daß diese Besetzung für Frankreich die ernsthaftesten politischen und wirtschaftlichen Folgen haben würde. Selbst erbitterte

Gegner Wilsons geben jetzt zu, daß er mit seinen Klagen über den französischen Imperialismus nicht so unrecht gehabt hätte.

Auch sonst muß der Verfasser, so schwer es ihm ankommt, zugeben, daß die Politik der Entente keineswegs geeignet ist, die Sympathien der Amerikaner für den Friedensvertrag und den Völkerbund zu verstärken. Hat doch Hoover es für nötig gehalten, bevor er sich als Kandidat aufstellen ließ, sich gegen den Militarismus der Sieger zu erklären, den er zu großen Teilen für die gegenwärtige Lage Europas verantwortlich macht. Auch der Ausschluß der ehemaligen Feinde aus dem Völkerbund müßte als ein großer Irrtum betrachtet werden, wenn den Alliierten daran gelegen sei, sich die Teilnahme der Vereinigten Staaten zu sichern. Man solle übrigens, fährt der Artikel fort, keineswegs glauben, daß die amerikanischen

Kaufleute und Industriellen bei dem Gedanken eventuell den europäischen Handel zu verlieren, besonders entsetzt wären. Man könnte in Amerika England und wenn es nötig sei, sogar Europa recht gut entbehren, da man den Handel nach China bedeutend gesteigert, den nach Afrika verdoppelt habe. Nach Südamerika habe man für 411 Millionen Dollar gegen 275 Millionen im Vorjahre und nach Ozeanien zweimal so viel wie nach Südamerika verkauft. Zum Schluß bringt der Artikel die interessante Angabe, daß Wilson im November 1918 fest auf die Unterstützung Frankreichs in der Frage der Freiheit der Meere gerechnet habe. Er habe sich jedoch getäuscht, denn Clemenceau habe sich von vornherein entschlossen auf die Seite Englands gestellt. (Correspondant vom 10. Mai 1920.) M.

Verantwortlich: Dr. Max Hilbert Boehm in Berlin-Friedenau.

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a. Fernruf: Bismarck 6510.

Verlag: R. F. Koehler, Abteilung Grenzboten, Berlin.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dossauer Straße 36/37.

Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur gegen beigefügtes Rückporto.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze ist nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlages gestattet.

Pädagogium Waren in Mecklenburg am Müritzsee

Vorbereitung auf alle Klassen der verschiedenen Schulsysteme (Umschulung). Insbesondere Vorbereitung auf die Einjährigen-, Prima- und Reifeprüfung.

Dr. Michaelis